Deutscher Juristinnenbund e.V.
Vereinigung der Juristinnen,
Volkswirtinnen und Betriebswirtinnen
Geschäftsstelle / Office:
Anklamer Straße 38 ● D-10115 Berlin
fon: +49 30 4432700 ● fax: +49 30 44327022
geschaeftsstelle@djb.de ● http://www.djb.de

Berlin, 17. November 2016

PRESSEMITTEILUNG

Die juristische Ausbildung ist reformbedürftig

Die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (JuMiKo) berät auf ihrer Herbstkonferenz am 17. November 2016 in Berlin über Harmonisierungsmöglichkeiten für die juristischen Prüfungen. U.a. soll der Pflichtstoff reduziert werden. Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) begrüßt dies grundsätzlich, fordert jedoch eine Berücksichtigung des Umgangs mit Diskriminierung und Ungleichheiten sowohl bei der inhaltlichen Ausgestaltung als auch im Hinblick auf strukturelle Exklusionsmechanismen der juristischen Ausbildung. Eine Ausbildung von Juristinnen und Juristen, die diese auf Gerechtigkeitsfragen demokratischer und offener Gesellschaften vorbereitet, muss auch Rechtsfragen von Diskriminierung, Hierarchien und Ungleichheiten zum Gegenstand haben. Dazu braucht es Juristinnen und Juristen, die Recht nicht nur mechanisch anwenden können, sondern die auch in der Lage sind, es aus verschiedenen Perspektiven zu hinterfragen und es in vielfältige gesellschaftliche Zusammenhänge einzuordnen.

Der djb fordert darüber hinaus eine umfassende Untersuchung, welchen Einfluss bestimmte Vorannahmen über Geschlecht, Herkunft und Behinderung auf die Examensergebnisse haben. Nötig ist eine evaluations- und faktenbasierte Reform der juristischen Ausbildung.

Ramona Pisal, djb-Präsidentin: „Die Details zum Reformvorhaben der JuMiKo werden bisher hinter verschlossenen Türen verhandelt. Für die Reform der juristischen Ausbildung bedarf es jedoch eines transparenten Verfahrens unter Beteiligung derer, die unmittelbar betroffen sind: Studierende, Lehrende, Referendar_innen und Ausbilder_innen.“